

Bericht

des Ausschusses für innere Angelegenheiten

über den Beschluss des Nationalrates vom 1. März 2006 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Meldegesetz geändert wird

Der vorliegende Beschluss des Nationalrates trägt dem Umstand Rechnung, dass im Zuge der Beratungen über die Regierungsvorlage (1229 der Beilagen) betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Passgesetz 1992 und das Gebührengesetz 1957 geändert werden, der Ausschuss für innere Angelegenheiten des Nationalrates in seiner Sitzung am 28. Februar 2006 auf Antrag der Abgeordneten Günter Kößl, Dr. Helene Partik-Pablé mit Stimmenmehrheit beschlossen hat, dem Nationalrat gemäß § 27 Abs. 1 Geschäftsordnungsgesetz einen Selbständigen Antrag vorzulegen, der eine Novelle zum Meldegesetz zum Inhalt hat.

Dieser Antrag war wie folgt begründet:

„Der Verfassungsausschuss des Nationalrates hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2005 die Regierungsvorlage (1193 der Beilagen) betreffend das Bundesgesetz über die Durchführung von Volks-, Arbeitsstätten-, Gebäude- und Wohnungszählungen und das Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz 1997, das Meldegesetz 1991 und das Bildungsdokumentationsgesetz geändert werden, behandelt. Der Regierungsvorlage war in der Anlage A zur Meldegesetznovelle ein neues Muster des Meldezettels angeschlossen, in dem dieser um das Meldedatum „Familienstand“ erweitert wurde.

Dieses Muster wurde im Verfassungsausschuss beschlossen. Aus einem redaktionellen Versehen war jedoch dem Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (1246 der Beilagen) die Anlage A zur Meldegesetznovelle nicht angeschlossen.“

Der Ausschuss für innere Angelegenheiten hat den gegenständlichen Beschluss des Nationalrates am 14. März 2006 in Verhandlung genommen.

Berichterstatlerin im Ausschuss war Bundesrätin Christine Fröhlich.

An der Debatte beteiligten sich die Mitglieder des Bundesrates Stefan **Schennach** und Sissy **Roth-Halvax**.

Der Ausschuss für innere Angelegenheiten stellt nach Beratung der Vorlage am 14. März 2006 mit Stimmenmehrheit den **Antrag**, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Wien, 2006 03 14

Christine Fröhlich

Berichterstatlerin

Dr. Franz Eduard Kühnel

Vorsitzender